

inter | esse

INFORMATIONEN · DATEN · HINTERGRÜNDE

8 · 2004

Meinungsumfrage: Wirtschaftsstandort Deutschland 2004

Aus Sicht der Bürger: Ernüchternde Stimmungslage + Die Deutschen sind keineswegs reformmüde + Großer Rückhalt für eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik + Die Deutschen wissen, wo die Unternehmen der Schuh drückt + Arbeit und Arbeitslosigkeit bleiben Themen mit hohem Stellenwert

Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage des Bundesverbandes deutscher Banken. Die telefonische Befragung wurde Ende April 2004 unter 1.546 wahlberechtigten Bundesbürgern durch das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) durchgeführt.

Ernüchternde Stimmungslage

Die Deutschen sehen die Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort deutlich verschlechtert. Ihnen wird der Ernst der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtsituation des Landes zunehmend bewusst. Auch im internationalen Vergleich sehen die Befragten Deutschland zurückgefallen.

Von dem ehemals ausgeprägten Stolz der Deutschen auf die Wirtschaftskraft ihres Landes ist offenkundig wenig geblieben. Waren in der Vergangenheit große Mehrheiten der Meinung, dass Deutschlands Wirtschaftslage besser sei als die seiner westeuropäischen Nachbarn, so hat sich dieser Anteil seit 1996 von 66 Prozent auf heute nur noch 33 Prozent glatt halbiert. In Anlehnung an einen aktuellen Buchtitel ließe sich diese Entwicklung wohl als „Abstieg eines Superstars“ charakterisieren. Jedenfalls überwiegt nun die Einordnung Deutschlands im wirtschaftlichen Mittelmaß.

Die Wahrnehmung Deutschlands als „wirtschaftlicher Absteiger“ wirkt sich auch bei vielen weiteren Indikatoren aus: So etwa auf die Einschätzung der Anziehungskraft Deutschlands auf ausländische Investitionen. Immer weniger Deut-

Wirtschaftsstandort: Zurückgefallen

Wenn Sie einmal die Wirtschaftslage in Deutschland mit der unserer westeuropäischen Nachbarn vergleichen. Glauben Sie, dass es uns wirtschaftlich eher besser geht, eher schlechter geht, oder sehen Sie da keinen Unterschied?

	1994	1996	1998	2000	2002	2004
besser	56	66	55	55	40	33
schlechter	9	5	10	8	20	23
kein Unterschied	31	24	30	30	34	38

Glauben Sie, dass es sich für ausländische Unternehmen lohnt, in Deutschland zu investieren, oder glauben Sie das nicht?

	2000	2002	2004
lohnt sich	62	59	46
lohnt sich nicht	32	36	48

Wenn Sie an Spitzenleistungen in Forschung und Technik oder in Bildung und Ausbildung denken, glauben Sie, dass Deutschland auf diesen Feldern heute noch zu den führenden Ländern gehört, oder ist das nicht mehr der Fall?

	Forschung & Technik	Bildung & Ausbildung
noch führend	39	22
nicht mehr	59	75

In Prozent; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.;
Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ipos

sche schreiben dem Wirtschaftsstandort in dieser Hinsicht Attraktivität zu. Zuletzt waren es nur noch 46 Prozent der Deutschen, nach 59 Prozent vor zwei Jahren und 62 Prozent im Jahr 2000. Auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Kontext wird heute schlechter beurteilt als noch vor einigen Jahren. Nur noch etwas mehr als die Hälfte der Deutschen (51 Prozent) glaubt, dass die Unternehmen für den internationalen Wettbewerb gut gerüstet seien. Vor vier Jahren waren es noch 61 Prozent gewesen. Deutschland wird schließlich mit Blick auf Spitzenleistungen in Forschung und Technologie sowie in Bildung und Ausbildung mehrheitlich nicht mehr zu den führenden Ländern gezählt. In Bezug auf Forschung und Technik meinen gerade einmal noch 39 Prozent, im Bereich Bildung und Ausbildung sogar nur 22 Prozent, dass Deutschland zu den führenden Ländern gehöre.

Die konkreten Einschätzungen zur Wirtschaftslage fallen nicht minder nüchtern aus: Nur 8 Prozent der Befragten halten die wirtschaftliche Lage in Deutschland für „gut“, aber 40 Prozent für „schlecht“, wobei die Beurteilung für Ostdeutschland noch wesentlich pessimistischer ausfällt. Die Hoffnung, dass es wirtschaftlich „aufwärts“ geht, besteht nur bei 18 Prozent der Befragten.

Verschlechtert hat sich auch die persönliche Situation der Befragten: Die eigene wirtschaftliche Lage hielten im Jahr 2000 noch 58 Prozent der Deutschen für „gut“, 2002 waren es noch 51 Prozent, und aktuell sind es nur noch 46 Prozent. Damit einhergehend haben sich auch die Zukunftserwartungen deutlich eingetrübt. Waren 1998 noch annähernd drei Viertel der Deutschen (72 Prozent) mit Blick auf ihre eigene Zukunft optimistisch, sind es heute nur mehr 57 Prozent, die mit Optimismus in die Zukunft blicken.

Wirtschaftserwartung: Skeptisch

Sind die deutschen Unternehmen für den internationalen Wettbewerb eher gut gerüstet oder eher schlecht gerüstet?

	2000	2002	2004
gut gerüstet	61	58	51
schlecht gerüstet	31	35	42

Was meinen Sie: Hat die Abwanderung von Spitzenkräften in Wissenschaft und Forschung ins Ausland in den letzten Jahren eher zugenommen, eher abgenommen, oder hat sich da nicht viel verändert?

zugenommen	57
abgenommen	2
keine Änderung	26

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in (West-) bzw. (Ost-) Deutschland?

Wirtschaftliche Lage in Deutschland insgesamt	... in Westdeutschland	... in Ostdeutschland
gut	8	14	3
schlecht	40	29	64
teils-teils	50	54	26

Geht es mit der Wirtschaft in Deutschland zur Zeit eher aufwärts, eher abwärts, oder verändert sich da nicht so viel?

aufwärts	18
abwärts	30
gleich bleibend	50

Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?

	2000	2002	2004
gut	58	51	46
teils-teils	33	37	41
schlecht	9	12	13

Wenn Sie an Ihre Zukunft denken, sind Sie da eher optimistisch oder eher pessimistisch?

	1994	1996	1998	2002	2004
optimistisch	75	72	72	66	57
pessimistisch	23	26	25	31	41

Und wie ist das allgemein in Deutschland: Sind die meisten Deutschen eher optimistisch oder eher pessimistisch?

	1994	2004
optimistisch	40	13
pessimistisch	54	82

In Prozent; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.; Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ips

Die Deutschen sind keineswegs reformmüde

Der stark eingetrübten Wahrnehmung des Wirtschaftsstandorts steht die gestiegene Einsicht der Deutschen gegenüber, dass tief greifende Veränderungen notwendig sind. Nahezu alle Befragten sind sich bewusst, dass weitere Reformen unausweichlich sind. Was fehlt ist nicht der Reformwille, wohl aber das Reformvertrauen.

Das Bewusstsein, dass weit reichende Reformen notwendig sind, resultiert meist aus der Wahrnehmung gravierender Wirtschaftsprobleme und Krisenphänomene. Wenn die Hälfte der Deutschen bei der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung „größere Probleme“ erkennt und 42 Prozent die sozialen Sicherungssysteme gar „kurz vor dem Zusammenbruch“ sehen, dann ist das ein fataler Befund; doch er zeigt: Die Bürger haben verstanden, um was es geht. So kann es nicht verwundern, dass angesichts der als gravierend erkannten Probleme die bislang eingeleiteten Reformen nahezu durch die gesamte Gesellschaft als unzureichend angesehen werden: 92 Prozent der Deutschen glauben nicht, dass die beschlossenen Reformen bei Gesundheit, Rente, Arbeitsmarkt und Steuern ausreichen, um die Probleme in diesen Bereichen zu lösen. Dazu passt durchaus die Auffassung von 84 Prozent der Befragten, dass notwendige gesellschaftliche Reformen in Deutschland nicht schnell genug vorankommen; nur eine Minderheit von 10 Prozent ist da anderer Auffassung.

Dabei sind sich die Deutschen auch darüber im Klaren, dass es ohne die Bereitschaft, einen eigenen Beitrag zu leisten, nicht gehen wird. Die Auffassung, dass die Deutschen künftig bei den Löhnen und bei der Arbeitszeit kürzer treten müssen, ist nicht nur weit verbreitet, sondern hat zuletzt auch deutlich zugenommen: Nur 11 Prozent der Befragten vertreten heute noch die gegenteilige Position, dass wir uns die hohen Löhne, kurzen Ar-

Reformbereitschaft: Vorhanden

Wenn Sie einmal an den Zustand unserer sozialen Sicherungssysteme, also die Renten-, Kranken- und die Arbeitslosenversicherung denken: Meinen Sie, dass da im Großen und Ganzen alles in Ordnung ist, dass es größere Probleme gibt, oder dass die sozialen Sicherungssysteme kurz vor dem Zusammenbruch stehen?

Sozialsysteme in Ordnung	6
größere Probleme	50
vor dem Zusammenbruch	42

Glauben Sie, dass die beschlossenen Reformen in den Bereichen Gesundheit, Rente, Arbeitsmarkt und Steuern ausreichen, um die Probleme in diesen Bereichen zu lösen, oder glauben Sie das nicht?

Reformen reichen aus	5
reichen nicht aus	92

Glauben Sie, dass notwendige gesellschaftliche Reformen bei uns schnell genug voran kommen, oder glauben Sie das nicht?

	2000	2002	2004
schnell genug	16	11	10
nicht schnell genug	77	83	84

Glauben Sie, dass wir uns die hohen Löhne, kurzen Arbeitszeiten und den langen Urlaub in Deutschland auch in Zukunft noch leisten können, oder glauben Sie das nicht?

	1994	1996	1998	2000	2004
können wir uns leisten	22	17	18	25	11
nicht leisten	76	80	78	70	86

„In Zukunft müssen wir alle mehr arbeiten, ohne dass dafür mehr Lohn gezahlt wird.“ Stimmen Sie dieser Aussage voll und ganz zu, eher zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

stimme voll zu	30		
stimme eher zu	27	Zustimmung	57
stimme eher nicht zu	20		
stimme überh. nicht zu	22	Ablehnung	42

Wären Sie zu einem Lohnverzicht in Höhe von 5 Prozent bereit? (Auswahl: Berufstätige)

	1994	2004
bereit	43	54
nicht bereit	54	44

In Prozent; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.; Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ipos

beitszeiten und den langen Urlaub in Deutschland auch in Zukunft noch leisten können. Das Statement „In Zukunft müssen wir alle mehr arbeiten, ohne dass dafür mehr Lohn gezahlt wird“, findet die Zustimmung von immerhin 57 Prozent der Befragten. Auch die Bereitschaft, eigene Einbußen in Form von Lohnverzicht hinzunehmen, ist heute größer als vor zehn Jahren. Waren 1994 43 Prozent der Berufstätigen zu einem Lohnverzicht in Höhe von 5 Prozent bereit, sind es heute 54 Prozent.

Es mangelt demnach nicht am Reformwillen der Deutschen, wohl aber am Vertrauen in die Reformfähigkeit. Die seit Jahren andauernde Diskussion um den deutschen „Reformstau“ und die enttäuschten Erwartungen der Bürger gegenüber der Politik haben in Deutschland zu einer resignativen Grundstimmung geführt: Lediglich 23 Prozent der Deutschen meinen, dass die Politik überhaupt in der Lage sei, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, drei Viertel glauben das jedoch nicht.

Angesichts der als mangelhaft wahrgenommenen Problemlösungsfähigkeit der Politik ist auch das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft erneut gefallen: Nur noch 56 Prozent finden, dass sich unser Wirtschaftssystem bewährt habe; in Ostdeutschland sind es sogar nur noch 47 Prozent.

Mit dem geringen Vertrauen in die Reformfähigkeit und den teils halbherzigen, teils misslungenen Reformanläufen ist auch der Begriff der „Reform“ in der Wahrnehmung der Deutschen inzwischen negativ belastet. Auf die Frage: „Was meinen Sie: Verbinden die meisten Leute heutzutage mit dem Begriff ‘Reform’ eher etwas Gutes oder eher etwas Schlechtes?“, antworten 80 Prozent „eher etwas Schlechtes“! Das Reformvertrauen zurückzugewinnen, darin liegt die eigentliche Herausforderung für Staat und Politik.

Reformvertrauen: Gering

Was meinen Sie: Verbinden die meisten Leute heutzutage mit dem Begriff ‘Reform’ eher etwas Gutes oder eher etwas Schlechtes?

etwas Gutes	14
etwas Schlechtes	80

Hat sich die Soziale Marktwirtschaft bisher bewährt, oder hat sie sich nicht bewährt?

	1994	1996	1998	2000	2002	2004
bewährt	73	69	58	70	65	56
nicht bewährt	20	21	33	18	26	36

Hat sich die Soziale Marktwirtschaft bisher bewährt, oder hat sie sich nicht bewährt?

	Gesamt	West	Ost
bewährt	56	58	47
nicht bewährt	36	34	43

Was meinen Sie: Ist unser Wohlstand in Gefahr?

	2000	2002	2004
in Gefahr	35	35	42
nicht in Gefahr	35	35	22
kein Wohlstand	20	24	29

Ist die Politik in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen?

	2002	2004
ja	32	23
nein	66	75

Ist die Politik in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen?

	ja	nein
SPD-Anhänger	42	56
CDU/CSU-Anhänger	19	79
B'90/Grüne-Anhänger	33	67
FDP-Anhänger	13	87
PDS-Anhänger	16	84
Nichtwähler	9	88

In Prozent; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.; Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ipos

Großer Rückhalt für eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik

Die ordnungspolitischen Grundeinstellungen der Deutschen bieten eigentlich gute Reformvoraussetzungen. Die Befragten sprechen sich überwiegend für mehr Markt und Eigenverantwortung, für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie für Deregulierung und stärkere Privatisierung aus.

Seit 1994 hat die Auffassung, dass die Soziale Marktwirtschaft in Richtung „mehr Markt und freien Wettbewerb“ weiterentwickelt werden müsse, von 25 Prozent auf heute 43 Prozent zugenommen. Damit sprechen sich dafür inzwischen mehr Befragte aus, als für einen Ausbau in Richtung „mehr soziale Absicherung“.

Auch das Bekenntnis der Deutschen zu mehr Eigenverantwortung ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Die Aufgabe der Wohlstandssicherung wird heute in erster Linie in der Verantwortung des Einzelnen und nicht mehr vorrangig als Aufgabe des Staates gesehen. Entsprechend findet das Statement „die Menschen sollten sich nicht so viel auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen“, die Zustimmung von 84 Prozent der Befragten. Ein konkretes Beispiel für die Befürwortung von mehr Eigenverantwortung ist die Rentenversicherung: Über drei Viertel der Befragten ziehen eine eigene private Altersvorsorge einer Beitragserhöhung bei der gesetzlichen Rentenversicherung vor.

Die große Mehrheit der Deutschen tritt für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ein. Mit Blick auf die flexible Öffnung des Flächentarifvertrages hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt geradezu ein Paradigmenwechsel vollzogen: Sprachten sich 1994 mit 55 Prozent noch über die Hälfte der Deutschen für branchenweite einheitliche Lösungen aus, sind es heute nur noch 30 Prozent. Hingegen wollen heute 63 Prozent der Befragten die Mög-

Wettbewerb und Eigenverantwortung: Akzeptiert

Wenn es um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft geht: Brauchen wir da eher mehr Markt, also mehr freien Wettbewerb, eher mehr soziale Absicherung, oder brauchen wir da keine großen Änderungen?

	1994	1996	2000	2002	2004
mehr Markt	25	29	31	41	43
mehr soziale Absicherung	48	48	43	37	41
keine Änderung	22	14	18	14	8

Wenn es darum geht, unseren Wohlstand zu sichern, ist das in erster Linie Aufgabe jedes Einzelnen, oder ist das in erster Linie Aufgabe des Staates? (Auswahl: „Deutschland lebt im Wohlstand“)

	1994	1996	2000	2002	2004
Aufgabe des Einzelnen	47	44	55	58	61
Aufgabe des Staates	47	49	39	36	34

„Die Menschen sollten sich nicht so viel auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen.“

Zustimmung	84
Ablehnung	14

Um die Altersversorgung zu sichern, sollten da die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend erhöht werden, oder sollte jeder seine Rente durch eigene Vorsorge ergänzen?

	2002	2004
Beiträge erhöhen	21	18
privat vorsorgen	72	77

Sollten in Zukunft Tarifverträge wie bisher von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden für alle Unternehmen einer Branche gleich abgeschlossen werden, oder sollten sie in Zukunft von der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat für jedes Unternehmen einzeln ausgehandelt werden?

	1994	1998	1996	2000	2002	2004
ganze Branche	55	45	45	45	42	30
im Unternehmen	36	45	49	46	51	63

Sollte innerhalb einer Branche die Arbeitszeit für alle Unternehmen gleich geregelt sein, oder sollten Unternehmen je nach Auslastung und Wirtschaftslage davon abweichen dürfen?

überall gleich	16
flexibel	81

Was meinen Sie: Würden die Unternehmen mehr Arbeitskräfte einstellen, wenn sie diese auch leichter wieder entlassen könnten?

ja	60
nein	35

In Prozent; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.; Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ipos

lichkeit flexiblerer Regelungen auf Unternehmens-ebene; Mit Blick auf die Festlegung der Arbeitszeit treten sogar 84 Prozent der Deutschen für individuelle unternehmensnahe Regelungen ein.

60 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass der hohe Kündigungsschutz die Entstehung neuer Arbeitsplätze behindert. Wenngleich die Mehrzahl der Befragten – ebenfalls 60 Prozent – am gegenwärtigen Kündigungsrecht dennoch lieber nicht rütteln mag, sprechen sich mit 30 Prozent wesentlich mehr Menschen dafür aus, den Kündigungsschutz zu lockern als ihn zu verschärfen (7 Prozent).

Was die Rolle des Staates in der Wirtschaft angeht, so ist eine breite Mehrheit der Meinung, dass in Wirtschaftsfragen hierzulande zu viele Dinge durch den Staat reguliert werden. Und ein hoher Anteil von 57 Prozent stimmt ferner der Maxime zu, dass die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes am besten gewährleistet ist, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift.

Die meisten Deutschen räumen ohnehin privaten Leistungen generell Vorrang gegenüber staatlichen Leistungen ein. Für 58 Prozent der Befragten steht fest, dass Aufgaben, für die sowohl der Staat als auch private Unternehmen in Frage kommen, besser von Privaten erfüllt werden können; lediglich rund ein Viertel erwartet hingegen bessere Leistungen vom Staat.

Fast zwei Drittel der Befragten befürworten vor diesem Hintergrund auch, dass private Unternehmen im Rahmen von Public Private Partnership-Projekten künftig stärker an Vorhaben beteiligt werden, die – wie etwa der Bau von Straßen oder Schulen – bislang meist rein staatliche Aufgaben darstellen. Darüber hinaus spricht sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen für eine stärkere Privatisierung kommunaler Dienstleistungen aus.

Stärkere Privatisierung: Gewünscht

Werden zu viele Dinge durch den Staat geregelt?

	im eigenen Leben	in der Wirtschaft
zu viel reguliert	38	59
nicht zu viel	60	33

Wenn Sie an unsere Wirtschaft denken: Werden da zu viele Dinge durch den Staat geregelt, oder ist das nicht der Fall?

	1994	1996	1998	2000	2002	2004
zu viel reguliert	46	51	59	56	55	59
nicht zu viel	46	41	35	35	38	33

„Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es am besten, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift.“

stimme voll zu	25	
stimme eher zu	32	Zustimmung 57
stimme eher nicht zu	30	
stimme überh. nicht zu	9	Ablehnung 39

Es gibt verschiedene Leistungen, die sowohl vom Staat als auch von privaten Unternehmen erbracht werden können. Was meinen Sie, führt in der Regel zu besseren Ergebnissen: Wenn der Staat diese Leistungen erbringt, oder wenn private Unternehmen diese Leistungen erbringen?

	2003	2004
staatliche Leistung besser	25	27
private Leistung besser	58	58

Aufgrund der angespannten Finanzlage des Staates wird zunehmend daran gedacht, Vorhaben, die bisher rein staatliche Aufgaben waren wie z. B. der Bau von Straßen oder Schulen, gemeinsam mit privaten Unternehmen durchzuführen. Dabei übernehmen die privaten Unternehmen die Finanzierung und Realisierung der Vorhaben und der Staat zahlt dann später für die Nutzung. Finden Sie es gut, wenn solche Vorhaben von privaten Unternehmen übernommen werden, oder finden Sie das nicht gut?

	2003	2004
finde ich gut	61	64
nicht gut	32	29

Sollten kommunale Leistungen wie Wasserversorgung, Müllabfuhr oder Straßenreinigung in Zukunft stärker an private Unternehmen vergeben werden?

stärker an Private	56
nicht privatisieren	38

In Prozent; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.; Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ips

Die Deutschen wissen, wo die Unternehmen der Schuh drückt

Die Bürger wissen größtenteils um die Sorgen und Probleme der Unternehmen. Dennoch glauben nahezu sechs von zehn Befragten, dass die Gewinne deutscher Unternehmen entweder zu hoch oder zumindest hoch genug seien.

Den Bürgern sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, welche die Unternehmensbilanzen nach drei äußerst wachstumsschwachen Jahren belasten, nicht verborgen geblieben: 60 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, dass sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmen hierzulande in den letzten Jahren verschlechtert haben.

Trotz dieser wahrgenommenen Verschlechterung und trotz einer zuletzt beispiellosen Welle von Firmenzusammenbrüchen glauben insgesamt 58 Prozent, dass die Unternehmensgewinne entweder zu hoch (27 Prozent) oder zumindest gerade richtig (31 Prozent) seien. In der Vergangenheit wurden die Unternehmen allerdings wesentlich ungnädiger eingeschätzt: Im Jahr 2000 hielten noch 43 Prozent der Deutschen die Unternehmensgewinne für zu hoch; noch einmal zwei Jahre zuvor, 1998, vertraten sogar 51 Prozent der Befragten diese Auffassung. Gleichzeitig ist seitdem das Verständnis für die steuerliche Belastung der Unternehmen leicht gestiegen. Mit 40 Prozent ist die relative Mehrheit der Befragten heute der Meinung, dass die Unternehmen in Deutschland zu viel Steuern zahlen müssen.

In der Wahrnehmung der meisten Befragten hat die Verlagerung der Produktion von Deutschland ins Ausland in den letzten Jahren zugenommen. Nach den möglichen Gründen dafür befragt, stehen die Antworten „zu hohe Lohnkosten“ und „zu hohe Steuern“ ganz an der Spitze. Auch wenn 53 Prozent der Deutschen Produktionsverlagerungen ins Ausland nicht gutheißen, äußern doch immerhin 45 Prozent ein gewisses Verständnis dafür.

Unternehmenslage: Verschlechtert

Haben sich in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Deutschland eher verbessert, eher verschlechtert, oder hat sich da nicht viel verändert?

verbessert	10
verschlechtert	60
nicht viel geändert	23

Was meinen Sie zu den Gewinnen der Unternehmen in Deutschland? Sind die Unternehmensgewinne zu hoch, zu niedrig, oder ist das gerade richtig?

	1998	2000	2004
zu hoch	51	43	27
zu niedrig	10	8	25
gerade richtig	25	30	31

Und wie ist das mit den Unternehmenssteuern? Müssen Unternehmen in Deutschland zu viel Steuern zahlen, zu wenig Steuern zahlen, oder ist das gerade richtig?

	1998	2000	2004
zu viel Steuern	35	38	40
zu wenig	28	22	23
gerade richtig	21	22	22

Hat die Verlagerung der Produktion von Deutschland ins Ausland in den letzten Jahren eher zugenommen, eher abgenommen, oder hat sich da nicht so viel geändert?

zugenommen	86
abgenommen	3
nicht viel verändert	9

Wenn deutsche Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlegen, woran liegt das Ihrer Meinung nach hauptsächlich?

an den hohen Lohnkosten in Deutschland	82
an den hohen Steuern in Deutschland	52
an den strengeren Sicherheits- und umweltvorschriften in Deutschland	34
an den Vorschriften zum Kündigungsschutz	28
weil deutsche Unternehmen dort produzieren müssen, wo sie ihre Produkte verkaufen wollen	10

Haben Sie Verständnis dafür, dass Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlegen, wenn sie dort wesentlich günstigere Bedingungen vorfinden, oder haben Sie dafür kein Verständnis?

Verständnis	45
kein Verständnis	53

In Prozent; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.; Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ips

Die Arbeitsmoral der Deutschen ist besser als ihr Ruf

Das Thema Arbeitslosigkeit und die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz haben für die meisten Deutschen einen sehr hohen Stellenwert. Dennoch – oder gerade deshalb – sind Arbeitsmoral, Arbeitsplatzzufriedenheit und Verbundenheit mit der eigenen Firma heute höher als noch vor Jahren.

Nach dem wichtigsten Problem in Deutschland befragt, nennen fast 60 Prozent der Bürger die hohe Arbeitslosigkeit; die schlechte Wirtschaftslage folgt als zweitwichtigstes Problem erst mit großem Abstand. Zwar halten 72 Prozent der Berufstätigen ihren Arbeitsplatz für sicher, das bedeutet jedoch umgekehrt, dass immerhin mehr als jeder Vierte seinen Arbeitsplatz für gefährdet hält; vor zehn Jahren hatte nur jeder Fünfte diese Befürchtung.

Möglich, dass die derzeit angespannte Wirtschafts- und Beschäftigungssituation bei den Arbeitnehmern auch Auswirkungen auf den subjektiv empfundenen Wert dieser Arbeit hat. So fühlen sich heute zwei Drittel der Befragten mit ihrer Firma oder Dienststelle „sehr verbunden“ – vor zehn Jahren lag dieser Wert nur bei 48 Prozent.

Auch die Arbeitsmoral und individuelle Arbeitszufriedenheit der Deutschen ist besser als ihr Ruf: 62 Prozent der Beschäftigten sind mit ihrer Arbeit „voll und ganz“ zufrieden, weitere 35 Prozent zumindest „teilweise“. Dabei meinen annähernd sechs von zehn Berufstätigen, dass sie für ihre Arbeit „eher gut“ bezahlt werden, und über 70 Prozent beurteilen die allgemeine Arbeitsmoral in ihrer Firma als „gut“.

Von drei ausgewählten Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit versprechen sich die Deutschen von der Bekämpfung der Schwarzarbeit und von der Senkung der Unternehmenssteuern noch die größten Erfolge. Dass eine Lohnsenkung um 5 Prozent positive Wirkungen haben würde, meinen immerhin noch 45 Prozent der Befragten.

Arbeit und Arbeitsplatz: Hoher Stellenwert

Was ist Ihrer Meinung nach derzeit das wichtigste Problem in Deutschland?

Arbeitslosigkeit	59
Wirtschaftslage	9
Politikverdrossenheit	7
Gesundheitswesen	4
Rente, Altersversicherung	3

Halten Sie Ihren Arbeitsplatz für sicher oder für gefährdet?*

	1994	2004
sicher	79	72
gefährdet	20	27

Was meinen Sie: Würden folgende Maßnahmen zu einem großen Rückgang der Arbeitslosigkeit führen, zu einem nicht so großen oder zu keinem Rückgang der Arbeitslosigkeit?

	Rückgang Arbeitslosigkeit		
	stark	etwas	kein
Bekämpfung der Schwarzarbeit	27	42	29
Senkung der Unternehmensteuern	14	51	31
Kürzung der Löhne um 5%	8	37	51

Würden Sie sagen, dass Ihre jetzige Arbeit Sie voll und ganz befriedigt, teilweise befriedigt oder gar nicht befriedigt?*

	1994	2004
voll und ganz	60	62
teilweise	35	35
überhaupt nicht	5	3

Glauben Sie, dass Sie für die Arbeit, die Sie leisten, eher gut bezahlt werden oder eher schlecht bezahlt werden?*

	1994	2004
eher gut	52	59
eher schlecht	44	39

Wie stark fühlen Sie sich mit Ihrer Firma oder Dienststelle verbunden?*

	1994	2004
sehr verbunden	48	66
etwas verbunden	31	19
kaum verbunden	7	4

Wie ist das allgemein mit der Arbeitsmoral in Ihrer Firma beziehungsweise Dienststelle: Ist die Arbeitsmoral gut, oder ist die nicht so gut?*

	1994	2004
gut	68	71
nicht so gut	19	17
bin selbstständig	13	10

In Prozent; *Frage nur an Berufstätige; fehlende zu 100% = „weiß nicht“/k.A.;
Quelle: Bundesverband deutscher Banken/ips

Impressum

Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken
 Verantwortlich: Prof. Dr. Wilhelm Bürklin
 Redaktion: Christian Jung, Dr. Dirk Franke
 Anschrift: Postfach 04 03 07, 10062 Berlin
 Telefon: 0 30/16 63-15 02, Telefax: 0 30/16 63-15 99
 Internet: <http://www.bankenverband.de>